

## **Genossenschaftspolitische Positionen für die Legislaturperiode 2016-2021**

### **Genossenschaftliche Rechtsform und Prinzipien stärken**

Die Genossenschaftsform ermöglicht kleinen Unternehmen, sich erfolgreich am Markt zu positionieren; und regionalen Unternehmen, im globalen Wettbewerb Marktvorteile zu erzielen. Zudem können sich Bürgerinnen und Bürger ebenso wie Selbständige und Unternehmen in Kooperationen wirtschaftlich engagieren und ökonomische Ziele im Rahmen von Genossenschaften eigenverantwortlich umsetzen. Der genossenschaftliche Gedanke hat damit eine ungebrochen tragende Kraft, bietet zukunftsweisende Lösungen und muss daher als Prinzip und Rechtsform gestärkt werden.

Entsprechend sollten der genossenschaftliche Gedanke und das Prinzip der eigenverantwortlichen wirtschaftlichen Kooperation auch stärker in Bildung und Wissenschaft verankert werden. Das Schulfach „Wirtschaft, Berufs- und Studienorientierung“ sollte die genossenschaftliche Kooperation thematisieren. Schülergenossenschaften können ergänzende Praxiserfahrung vermitteln. Ebenso sollte die Forschung und wissenschaftliche Bearbeitung von kooperativen Modellen und Kooperationen in der sozialen Marktwirtschaft ausgebaut werden.

### **Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement verbessern**

Für wirtschaftliche Betätigung mit ehrenamtlichem Engagement (z.B. Dorfläden, Dorfgasthäuser, Kitas etc.) sind Genossenschaften eine geeignete Unternehmensform. Dabei ist der Übergang vom Verein zur Genossenschaft eine wichtige Entwicklung, welche sich anhand der wirtschaftlichen Perspektive ausrichtet. Eine Vielzahl von Projekten im bürgerschaftlichen Engagement könnte im Vereinsrecht besser gestaltet werden, wenn weitere rechtliche Voraussetzungen für die wirtschaftliche Betätigung von Vereinen gesichert wären. Eine entsprechende Prüfung der Möglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements im Vereinsrecht hat jedoch bisher noch nicht stattgefunden. Entsprechend sollte eine Überprüfung des Vereinsrechts auf Bundesebene angeregt werden. Zudem ist die praktische Umsetzung bzw. Handhabung des Vereinsrechts im Land auf Verbesserungsmöglichkeiten hin zu prüfen. Hierbei gilt es insbesondere, den Idealverein mit Zweckbetrieb und den wirtschaftlichen Verein in den Blick zu nehmen. So können sich mittelfristig aus Vereinen auch Genossenschaften besser etablieren.

### **Kooperatives Gründen fördern**

Die Gründungsförderung in Baden-Württemberg hat sichtbare Erfolge zu verzeichnen. Dabei sollte bei der weiteren Ausgestaltung der Gründungsförderung ebenso kooperatives Gründen gefördert werden. Darüber hinaus ist es wichtig, Gründungsaktivitäten auch in der Anfangsphase stärker zu begleiten. Die Gründungsförderung sollte dabei Bedarfslösungen durch innovative Modelle, wie sie zum Beispiel Gesundheitsgenossenschaften darstellen, stärker einbeziehen und auch Modelle der gemeinschaftlichen Unternehmensnachfolge ermöglichen.



### **Kommunalwirtschaft weiterentwickeln**

Im Bereich der Kommunalwirtschaft gilt es darauf zu achten, dass Genossenschaften im Vergleich zu anderen Rechtsformen gleichberechtigt werden. Eine entsprechende Anpassung im Gemeindefinanzierungsrecht ist daher bei der Reform umzusetzen. Genossenschaften können eine wesentliche Ergänzung in der Gestaltung der kommunalen Infrastruktur darstellen. In den Bereichen der Breitband-, Gesundheits- und der Nahversorgung sowie Mobilität und Nahwärme können Genossenschaften wichtige Funktionen übernehmen.

### **Regionale Landwirtschaft sichern**

Die Landwirtschaft ist in Baden-Württemberg durch vielfältige Produktionsweisen geprägt. Dabei muss die regionale Produktion langfristig gesichert und der Zugang regionaler Unternehmen zu internationalen Märkten weiter ausgebaut werden.

### **Erleichterungen für KMU schaffen**

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind maßgebliche Triebfedern für die wirtschaftliche Dynamik in Baden-Württemberg und müssen weitergehend unterstützt werden. Neben einer „KMU Perspektive 2026“ sollte ebenso eine wirkungsvolle Folgenabschätzung für Gesetzesvorhaben hinsichtlich der Auswirkungen auf KMU erfolgen.

### **Finanzierungsbedingungen für den Mittelstand verbessern**

Die Struktur des dreigliedrigen Bankensektors trägt maßgeblich zu einer dynamischen Finanzierung der deutschen Wirtschaft bei. Im Rahmen der jüngsten Finanzmarktregulierung wurden kleine und mittlere Banken (KMB), wie beispielsweise Volksbanken und Raiffeisenbanken, überproportional belastet. Als Finanzierer des Mittelstands gilt es, die Rolle von kleinen und mittleren Banken gesondert in der Regulatorik zu betrachten. Die Landesregierung sollte hier einen Beitrag leisten und auf bundes- und europapolitischer Ebene auf eine bessere Differenzierung sowie mehr Proportionalität für KMB hinwirken.

### **Kontakt:**

Baden-Württembergischer Genossenschaftsverband e.V.

Anja Roth, Bereichsleiterin Interessenvertretung

Telefon: 0711 222 13-27 25

E-Mail: [Anja.Roth@bwgv-info.de](mailto:Anja.Roth@bwgv-info.de)

Internet: [www.wir-leben-genossenschaft.de](http://www.wir-leben-genossenschaft.de)

Twitter: @genobw

Anschrift: Heilbronner Straße 41, 70191 Stuttgart

